

Mitteilung des Senats vom 23. März 2010

Linke Gewalt und Linksextremismus

Die Fraktion der CDU hat unter Drucksache 17/1164 eine Große Anfrage zu obigem Thema an den Senat gerichtet.

Der Senat beantwortet die vorgenannte Große Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Straftaten politisch motivierter Kriminalität „links“ gab es in den Jahren 2008 und 2009, und um welche Delikte handelte es sich? Bitte an die Mitteilung des Senats vom 4. November 2008 (Drucksache 17/634) anknüpfen.

Die nachfolgende Statistik zeigt die Anzahl der Straftaten sowie die einzelnen Delikte auf. Im markierten Teil der Tabelle sind die Gewaltdelikte, darunter alle weiteren Delikte im Sinne der Definition politisch motivierter Straftaten dargestellt.

Politisch motivierte Kriminalität ‚Links‘:		
Deliktstatistik	2008	2009
Tötungsdelikte §§ 211 ff StGB		
Brand-/Sprengstoffdelikte §§ 306 ff StGB		4
Landfriedensbruch §§ 125 ff StGB	2	2
Körperverletzung §§ 223 ff StGB	4	5
Gefährliche Eingriffe i. d. Verkehr §§ 315 ff StGB	1	
Widerstandsdelikte u. andere Gewaltdelikte §§ 113 StGB		1
Propagandadelikte §§ 86 ff StGB		
Volksverhetzung § 130 StGB	1	
Bedrohung/Nötigung §§ 240/241 StGB	1	
Sachbeschädigung §§ 303 ff StGB	22	41
andere §§ StGB u. strafrechtliche Nebengesetze	23	13
Insgesamt:	54	66

2. Lassen sich diese Delikte nach ihrer Motivlage unterscheiden? Wie viele Straftaten wurden zum Nachteil vermeintlicher politischer Gegner begangen? Bitte an die Mitteilung des Senats vom 4. November 2008 (Drucksache 17/634) anknüpfen.

Sowohl die unterschiedlichen deliktischen Motivlagen als auch die Anzahl der Straftaten zum Nachteil der vermeintlich politischen Gegner ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle.

Motive für Straftaten nach Antwort 1:			2008		2009	
Oberbegriffe	Unterthemen	Erläuterungen	Anzahl	G	Anzahl	G
Anarchismus			1		4	1
Antifaschismus			3		11	
Antimperialismus		Antirassismus			2	
	Antikapitalismus		3	1	1	
	Antiamerikanismus				1	
	Globalisierung					
	Globalisierung	G 8/EU-Außenminister Treffen				
Antirassismus						
Ausländer-/Asylproblematik					2	2
Hasskriminalität					1	
Innen- und Sicherheitspolitik	fremdenfeindlich				6	
	Sicherheitsbehörden	Polizei, Verfassungsschutz,	13	3	2	
	Antifaschismus	Wahlen			2	
Herausrag. Veranstaltungen		G-8 Gipfel			3	1
	Transport	Castor				
Konfrontation / pol. Einstellung		Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner			39	8
	gegen den Staat, seine Einrichtungen und Symbole	umfasst auch Repräsentanten des Staates	6	1	6	1
	gegen rechts		12		27	7
	gegen sonstige politische Gegner		2		2	
Sozialpolitik					1	
	Gleichstellung	Antisexismus	7	2		
	Sozialabbau					
	Bildungspolitik		1		1	
	Umstrukturierung	Hausbesetzungen, Wohnraumproblematik, Hauptstadtproblematik	1			
Polit. Kalender	Ende 2. WK		1			
Ökologie / Industrie / Wirtschaft			1		4	
	Tierschutz/Jagd		2		2	
	Klima und Umwelt		1		2	

Anmerkungen: G = Anzahl der Gewaltdelikte; Eine Straftat kann mehrere Themenfelder / Unterthemen betreffen!

3. Welche Feststellungen lassen sich zu den persönlichen Merkmalen der Tatverdächtigen machen? Bitte an die Mitteilung des Senats vom 4. November 2008 (Drucksache 17/634) anknüpfen.

Einzelheiten zu den persönlichen Merkmalen der Tatverdächtigen lassen sich aus der nachfolgenden Tabelle entnehmen.

Politisch motivierte Kriminalität ‚Links‘ TV-Statistik					
		2008		2009	
Geschlecht:	männlich / weiblich	m	w	m	w
insgesamt ermittelt:		51	22	40	6
	hiervon Einzeltäter	11		6	1
	hiervon in Gruppen (2 - 6 TV)	40	22	34	5
KP-Erkenntnisse:					
	allgemeine		2	8	3
	Staatsschutz	12	10	2	1
	Staatsschutz u. allgemeine	8	1	13	
Altersgruppen:					
	bis 13 Jahre				
	14 - 17 Jahre	27	3	14	1
	18 - 20 Jahre	10	10	12	1
	21 - 24 Jahre	9	4	6	2
	25 - 29 Jahre	2	2	2	2
	über 30 Jahre	3	3	6	
Wohnsitze:					
	Land Bremen	39	20	32	6
	Niedersachsen	9	1	8	
	übriges Bundesgebiet/o.f.W.	3	1		
	Ausland		1		
Hintergrundinformationen zu den Straftaten der ermittelten TV:					
	Ermittelte TV im Zusammenhang mit Demonstrationen:	42	18	25	5
	Ermittelte TV von Gewalttaten:	7	4	27	5
	Extremistisch handelnde TV:	31	17	40	6

4. Zu wie vielen und welchen strafgerichtlichen Verurteilungen wegen Begehung oder Beteiligung an linksextremistisch motivierten Straftaten ist es 2008 und 2009 in Bremen gekommen? Bitte an die Mitteilung des Senats vom 4. November 2008 (Drucksache 17/634) anknüpfen.

Erhebungen, zu wie vielen und welchen strafgerichtlichen Verurteilungen es ausschließlich wegen der Begehung oder Beteiligung an linksextremistisch motivierten Straftaten im Zeitraum von 2008 bis 2009 in Bremen gekommen ist, liegen nicht vor. Die Strafverfolgungsstatistik trifft keine differenzierte Aussage zu links- und rechtsextremistisch motivierten Tätern, sondern lediglich eine Aussage über die Gesamtzahl aller politisch motivierten Delikte. Die Zahlen für das Jahr 2008 sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen, die Zahlen für 2009 liegen noch nicht vor.

Politisch motivierte Kriminalität	2008
§ 86 StGB - insgesamt-	0
- Geldstrafe	0
§ 86a StGB -insgesamt-	4
- Geldstrafe	3
Freiheitsstrafe unter 6 Mon. zur Bewährung	1
Freiheitsstrafe 6 Mon.-9 Mon. zur Bewährung	0
Freiheitsstrafe 9 Mon.-1Jahr zur Bewährung	0
Freiheitsstrafe 1Jahr - 2 Jahre zur Bewährung	0
§ 84, 85, 87-90b StGB -insgesamt.-	0
§ 129a StGB -insgesamt.-	0
§ 130 Abs. 1 StGB -insgesamt.-	0
- Geldstrafe	0
Freiheitsstrafe 6 Mon.-9 Mon. zur Bewährung	0
Freiheitsstrafe 9 Mon.-1Jahr zur Bewährung	0
§ 130 Abs. 2 StGB -insgesamt.-	0
- Geldstrafe	0
§ 130 Abs.3 StGB -insgesamt.-	0
- Geldstrafe	0

5. Wie bewertet der Senat die Entwicklung der politisch motivierten Gewalt „links“ in Bremen vor dem Hintergrund der Ereignisse in anderen Bundesländern, insbesondere in Berlin und Hamburg?

Die im Land Bremen zu verzeichnende Zunahme der politisch links motivierten Straftaten ging 2009 mit einem leichten Anstieg der Gewalttaten in diesem Bereich einher. Im Land Bremen wurden im Jahr 2009 insgesamt vier Brandstiftungen verübt. Zwei richteten sich gegen Fahrzeuge der Bundeswehr bzw. der Firma DHL. Zwei weitere Brandstiftungen standen im Zusammenhang mit der Innenministerkonferenz und betrafen Fahrzeuge der Polizei sowie der Arbeiterwohlfahrt. Zu keinem der Brandanschläge liegt bislang ein Bekennerschreiben vor. Anhand des Angriffsziels, der Begehungsweise und einem anschließenden Diskussionsverlauf in einschlägigen linken Internetforen ist jedoch von einer links-politischen Motivation auszugehen.

In Bremen hat es bei linksextremistischen Demonstrationen sowie Aktionen bislang keine gewalttätigen Ausschreitungen in den Ausprägungen der Städte Berlin und Hamburg gegeben. Allerdings kam es in Bremen anlässlich einer Demonstration zu Gewaltdelikten in Form von vier Körperverletzungen gegen Polizeivollzugsbeamte. Zudem ist hier in unmittelbarem Zusammenhang das Abfeuern von Leuchtkugeln auf das Polizeirevier Innenstadt und auf unbeteiligte Passanten zu sehen.

Nach alledem bewertet der Senat die Entwicklung der politisch motivierten Gewalt „links“ in Bremen, insbesondere auch vor dem Hintergrund der Ereignisse in anderen Bundesländern dahingehend, dass eine ähnlich von Gewalt geprägte Entwicklung wie in Berlin oder Hamburg für das Land Bremen derzeit nicht zu erwarten ist.

Der Bereich Konfrontation mit dem politischen Gegner und insbesondere die sich daraus ergebenden „Links-Rechts-Konfrontationen“ im Themenfeld Antifaschismus sind zurzeit das vorrangige Betätigungsfeld der linken Aktivisten.

6. Vollzieht sich die laut Verfassungsschutzbericht 2008 zu beobachtende zunehmende Bündelung und Vernetzung der autonomen Szene in Bremen nur innerhalb des Landes oder auch mit Linksextremisten aus anderen Bundesländern?

Sind in den vergangenen Monaten auswärtige Linksextremisten in Bremen polizeilich in Erscheinung getreten?

Die im Verfassungsschutzbericht 2008 beschriebene Entwicklung einer zunehmenden Bündelung und Vernetzung der autonomen Szene in Bremen bezieht sich ausschließlich auf das Bundesland Bremen.

Die autonome Szene in Bremen ist hierbei stark fragmentiert und lehnt formelle Strukturen und Hierarchien grundsätzlich ab. Sie besteht daher überwiegend aus losen Personenzusammenschlüssen und kleinen Gruppierungen. Die beschriebene Entwicklung zur Bündelung und Vernetzung setzte sich auch in 2009 fort.

Vernetzungen mit Linksextremisten anderer Bundesländer bestehen. Einige links-extremistische Gruppen in Bremen existieren als Ortsgruppen und sind hierüber in eine räumlich übergreifende Organisation eingebunden sowie vernetzt. Bündnisse von Bremer Autonomen und Autonomen anderer Bundesländer wurden – wie in der Vergangenheit auch – stets anlassbezogen gebildet. Eine Zunahme ist auf dieser Ebene zum jetzigen Zeitpunkt nicht festzustellen, erkennbar sind jedoch Solidaritätsaktionen.

Von den in Bremen im Bereich PMK „links“ ermittelten Tatverdächtigen kamen vier aus dem niedersächsischen Umland. Die Gruppierungen unterstützen sich gegenseitig, so nehmen Bremer Gruppen regelmäßig an Aktionen in Oldenburg, Verden und Hamburg teil. Es gibt Kontakte zwischen Bremern, Oldenburgern und Delmenhorster Gruppierungen. Eine vertiefte organisierte Zusammenarbeit war bislang nicht feststellbar.

7. Wie viele Personen rechnet der Senat aktuell dem linksextremistischen Spektrum in Bremen zu, wie viele Personen werden dem rechtsextremistischen Spektrum zugerechnet? Wie viele dieser Personen werden jeweils als gewaltbereit eingeschätzt?

Der Senat rechnet dem linksextremistischen Spektrum in Bremen ca. 590 Personen zu. Hiervon zählen ca. 200 als gewaltbereite Linksextremisten.

Dem rechtsextremistischen Spektrum rechnet der Senat in Bremen ca. 155 Personen zu. Davon zählen ca. 30 Personen zu den gewaltbereiten Rechtsextremisten.

Das darüber hinaus zu bewertende Mobilisierungspotenzial – sowohl im links- als auch im rechtsextremistischen Spektrum – ist nicht konkret bezifferbar.

8. Mit welchen bürgerlichen-demokratischen Organisationen kooperieren Linksextremisten in Bremen, um ihre politischen Vorstellungen in die Gesellschaft zu tragen?

Linksextremisten suchen Kooperationen mit bürgerlich-demokratischen Organisationen, um unter dem Dach der Zusammenarbeit mit demokratischen Kräften ihre extremistischen Zielsetzungen zu verschleiern. Sie kooperieren punktuell bei Aktionen und Themenfeldern, die für sich betrachtet, nicht extremistisch sind. Gerade hierüber versuchen sie, ihre politischen Vorstellungen in die Gesellschaft zu tragen und sind dafür auch bereit, ihre eigenen Ziele kurzfristig zurückzunehmen.

So sind im Bereich des Antifaschismus neben unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Akteuren auch eine Vielzahl von linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen aktiv.

Darüber hinaus nutzen autonome Linksextremisten auch das Feld sozialpolitischer Auseinandersetzungen, in dem überwiegend nicht extremistische Akteure tätig sind, für ihre Zwecke.

9. Durch welche Maßnahmen und Projekte tragen das Land und seine Städte zur Bekämpfung des Linksextremismus bei? Welche Akteure gibt es außerhalb von Polizei, Staatsanwaltschaft und Verfassungsschutz?

Im Jahr 2009 wurde von den norddeutschen Küstenländern ein gemeinsames Lagebild „Links“ erstellt. Die Inhalte sind anlässlich der Innenministerkonferenz Nord in Bremen 2009 beraten und zur Kenntnis genommen worden.

Die gute Zusammenarbeit der norddeutschen Länder im Bereich der Bekämpfung des Linksextremismus soll weiter ausgebaut und Anstrengungen der Länder unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Lagebildes intensiviert werden, um die Zusammenarbeit aller Sicherheitsbehörden auszuweiten.

Die im Lagebild enthaltene Zusammenfassung der besonders erfolgversprechenden Bekämpfungsstrategien und Handlungsempfehlungen der Länder werden für zielführend gehalten. Ein Schwerpunkt bildet hier insbesondere eine verstärkte Aufklärung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit.

Eine Projektgruppe erarbeitet hierzu einen konkreten Maßnahmenkatalog, einschließlich der Benennung der polizeiinternen und -externen Adressaten. Ein Ergebnis wird im Sommer 2010 erwartet. Dieser Maßnahmenkatalog wird für die Polizei die Grundlage für die Bekämpfung des Linksextremismus bilden.

Einen zusätzlichen Beitrag zur Bekämpfung des Linksextremismus leistet der jährlich veröffentlichte Bericht des Verfassungsschutzes im Land Bremen.

Durch die Publikation von Aufklärungsmedien über die Landeszentrale für politische Bildung und eine Auseinandersetzung in Schulen im Wege der sachlichen Aufklärung sowie Aufarbeitung, wird eine Sensibilisierung im Umgang mit jeglichen Formen des Extremismus erreicht.

Auf der Basis der in § 5 BremSchulG benannten Bildungs- und Erziehungsziele haben Schulen den Auftrag, „Basiskompetenzen und Orientierungswissen sowie Problemlösefähigkeiten zu vermitteln“ und die Schülerinnen und Schüler „zu überlegtem persönlichen, beruflichen und gesellschaftlichen Handeln zu befähigen“. Zu diesen Zielen gehören die Aufgabe, „gefährdenden Äußerungen religiöser, weltanschaulicher oder politischer Intoleranz entgegenzuwirken“, die Schülerinnen und Schüler „zur Bereitschaft, politische und soziale Verantwortung zu übernehmen“ zu befähigen und sie „zu Gewaltfreiheit und friedlicher Konfliktbearbeitung“ zu erziehen. Dies Handeln findet exemplarisch Ausdruck in schulischen und schulübergreifenden demokratiepädagogischen Projekten und in Beteiligungen am Wettbewerb und Förderprogramm „Demokratisch Handeln“.

Insofern ist die Arbeit der Schulen im Lande Bremen, insbesondere in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern (Politik, Geschichte, Geografie, Welt-Umweltkunde), ausgerichtet auf einen Kompetenzerwerb der Schülerinnen und Schüler im Bereich der politischen, historischen und persönlichen Bildung, der zu einer umfassenden Urteilsfähigkeit, Wahlmündigkeit und zu Unterscheidungsvermögen führen sollte und auf diese Weise extremistischen Äußerungen jeglicher Art entgegenwirkt.